



Ursula Hafner-Wipf (bisher, SP)

«Gute Gesundheitsversorgung mit genügend Hausärzten»

NEUHAUSEN. Ursula Hafner-Wipf wurde am 29. August 2004 erstmals in den Regierungsrat gewählt. Sie betreibt aktuell das Departement des Innern.



Ursula Hafner-Wipf, Vorsteherin des Departements des Innern.

Schaffhauser Beck: Eine Hafner ist wohl immer am Amt der Regierungsrat... Ursula Hafner ist ein ausgesprochenes, aber sehr spannedes und abwechslungsreiches Amt. Wichtige Weichen für die Zukunft können gelegt werden, und ich engagiere mich sehr gerne für das Wohl unserer Bevölkerung und des Kantons.

Hier Hauptziel für die nächste Legislatur? künftige eine zeitgemässe medizinische und pflegerische Versorgung der Patienten und Patientinnen zu gewährleisten. Unsere ältere Wohnbevölkerung braucht eine leistungsfähige Spitex und geriatrische Hilfen.

besonders die Sicherheit eines Lagers für diese gefährlichen Abfälle betrifft. Die Regierung muss die Interessen der Bevölkerung wahrnehmen und sich an die gesetzliche Verpflichtung zum Widerstand halten. Die zukünftige Entwicklung unserer Region darf nicht durch ein radioaktives Lager negativ beeinflusst werden.

Macht es bei der nächsten finanziellen Situation des Kantons Sinn, die Steuern zu erhöhen? Hafner: Eine Steuererhöhung steht für die Regierung momentan nicht im Vordergrund. Die grossen Investitionen (Altschule, Sicherheitszentrum, Spitalbauten) können jedoch kaum mit den vorhandenen Mitteln finanziert werden. Daher steht der Regierungsrat mit einem Ziel vor sich. Bei diesen verschiedenen Möglichkeiten aufzugeht, und den abschliessenden Entscheid billigt das Schaffhauser Stimmvolk. Investitionsmassnahmen in der jetzigen Phase hat es im Kanton immer wieder gegeben. Damit auch die nächste Generation grosse Vorhaben

Christian Amsler (bisher, FDP)

«Hohe Qualität des Bildungswesens trotz Spardruck»

SETTEN. Christian Amsler wurde am 29. November 2009 erstmals in den Regierungsrat gewählt. Er betreibt aktuell das Erziehungsdepartement.

Hier Hauptziel für die nächste Legislatur? Amsler: Wir sind stolz auf das Schaffhauser Schulwesen. Es ist ein grosses Anliegen, die Qualität des Schaffhauser Bildungswesens hoch zu halten, auch in Zeiten des momentanen Spardrucks. Dem die Schaffhauser Regierung als Team ausgesetzt ist. Gleichzeitig müssen wir uns aber in unserem wachsenden Kanton in der kommenden Legislatur auch ersthalb Gelöbnisse machen zu Strukturfragen im Bereichs Gemeinden, Dienstleistungen und insbesondere auch der Volkshochschule. Gibt es Handlungsbedarf seitens der Regierung bezüglich Teufelstage für radioaktive Abfälle? Amsler: Wir haben eine klare regierungsrätliche Haltung zum Teufelstage, die von uns immer und überall kommuniziert wird. Dazu haben wir auch einen gesetzlichen Grundantrag, den wir als Gremium geschlossen wahrnehmen. Wir wollen das gesamte Teufelstage in unserer Region mit



Christian Amsler, Vorsteher des Erziehungsdepartements.

besten, gruppenspezifische Wirtschafts- und Lernumgebungen zu schaffen. Die Steuerpolitik erschaffen. Die aktuelle schwierige Finanzlage ist durch eine Kombination von Ereignissen entstanden und nicht

Ernst Landolt (bisher, SPV)

«Florierende Volkswirtschaft, von der alle profitieren»

RÜDLINGEN. Ernst Landolt wurde am 29. August 2010 erstmals in den Regierungsrat gewählt. Er betreibt aktuell das Volkswirtschaftsdepartement.



Ernst Landolt, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements.

Schaffhauser Beck: Herr Landolt, wie gefällt Ihnen am Amt der Regierungsrat? Ernst Landolt: Meine Arbeit als Regierungsrat ist interessant, spannend und vielfältig. Vor allem schon deshalb, weil ich mich mit der Volkswirtschaft und der Justiz ein sehr breites Spektrum erfüllen darf. Ich finde es eine spannende Aufgabe, mich mit aller Kraft an vorderster Front für optimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und für eine hohe Lebensqualität für die Bevölkerung unseres schönen Kantons einsetzen zu können.

Landolt: Gemeinsam mit dem ganzen Regierungsrat und zusammen mit dem Kantonsrat will ich eine gute Politik machen für unsere gesamte Volkswirtschaft und für alle Menschen im Kanton.

mindestens beiden Blasen zu Ziel bringen. Hier herrscht grosser Handlungsbedarf, deshalb müssen wir vorwärts machen. Landolt: Es ist verheissungsbereichlich, das Spitzprojekt von einer Steuererhöhung zu sprechen. Wenn wir bis ins Jahr 2010 unsere strategischen Ziele (Einwohnerzahl im Kanton Schaffhausen 80'000, Arbeitsplätze 40'000) erreichen, werden auch die finanziellen Perspektiven unseres Kantons besser sein, als sie momentan sind.

Macht es bei der nächsten finanziellen Situation des Kantons Sinn, die Steuern zu erhöhen? Landolt: Nein, eine Steuererhöhung macht keinen Sinn. Die Politik der kontinuierlichen Steuererhöhung hat die Attraktivität des Kantons sowohl für Investoren als auch für natürliche Personen nachgewiesen. Diesem Prozess werden wir auch in der nächsten Legislatur treu bleiben. Landolt: Nach wie vor muss der Regierungsrat das Ziel verfolgen, die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern. Viele Fragen sind noch offen, ins-

Hier Hauptziel für die nächste Legislatur?

Reto Dubach (bisher, FDP)

«Weitere Verbesserung der Standortqualität»

SCHAFFHAUSEN. Reto Dubach wurde am 2. September 2007 erstmals in den Regierungsrat gewählt. Er betreibt aktuell das Baudepartement.



Reto Dubach, Vorsteher des Baudepartements.

Schaffhauser Beck: Herr Dubach, was gefällt Ihnen am Amt der Regierungsrat? Reto Dubach: Schaffhausen ist ein Kanton mit vielen Qualitäten, und mit der Bevölkerung fühle ich mich eng verbunden. Das Wohl der Region liegt mir sehr am Herzen. Als Regierungsrat kann und will ich das Beste für den Kanton tun. Zudem habe ich Freude am Herausforderungen und abwechslungsreichen Amt und engagiere mich gerne.

Gibt es Handlungsbedarf seitens der Regierung bezüglich Teufelstage für radioaktive Abfälle? Dubach: Der Widerstand, an dem die Bevölkerung aus Coesens wegen verpflichtet ist, ist konsequent fortzusetzen. Alle drei Standorte für mögliche Teufelstage im Kanton oder dessen Nachbarschaft sind ungeeignet. Sie befinden sich teilweise auf dem Gelände des Coesens, teilweise über Coesensgrenzen hinweg oder lassen sich verkehrstechnisch nicht verteilbar realisieren. Damit der Widerstand auf nationaler Ebene glaubwürdig ist, muss der

Ausarbeitung eines abstimmbaren Projekts für die erste Bauphase sind alle möglichen Finanzierungsoptionen vertikal zu prüfen. Wir müssen uns im Klaren sein: Rückstellungen allein können das Problem nicht, denn das Geld, das dafür verwendet wird, fehlt einfach an einem andern Ort.

Macht es bei der nächsten finanziellen Situation des Kantons Sinn, die Steuern zu erhöhen? Dubach: Nein. Nur dank tiefem Steuern und besseren Verkehrsbedingungen ist Schaffhausen heute gegenüber anderen Regionen wieder konkurrenzfähig. Unsere Wirtschaft wächst und die Zahl der Arbeitsplätze steigt. Der Halbbauindustrievon und nach Zürich wird für zusätzliche Impulse sorgen. Im Vergleich mit der aktuellen Lage im Kanton Schaffhausen nicht eine Folge der Steuerpolitik, sondern eine nicht vorhersehbare Kombination von Einflüssen ausserhalb der Kontrolle von Bundes- und Kantonsrat. Zusammen mit der

Rosmarie Widmer Gysel (bisher, SPV)

«Ausgeglichene Staatshaushalt und Sicherheit»

WILCHINGEN. Rosmarie Widmer Gysel wurde am 29. August 2004 erstmals in den Regierungsrat gewählt. Sie betreibt aktuell das Finanzdepartement.



Rosmarie Widmer Gysel, Vorsteherin des Finanzdepartements.

Schaffhauser Beck: Eine Widmer Gysel, was gefällt Ihnen am Amt der Regierungsrat? Rosmarie Widmer Gysel: Die Arbeit ist spannend und abwechslungsreich. Der Kanton steht vor grossen Herausforderungen, welche Lösungen erfordern. Dazu einen Beitrag zu leisten zum Wohl unserer Bevölkerung möchten wir nicht und gibt mir viel Befriedigung. Selbstverständlich ist das nicht immer ein «Zuckerbrotchen», aber das Positive überwiegt bei Weitem.

Gibt es Handlungsbedarf seitens der Regierung bezüglich Teufelstage für radioaktive Abfälle? Widmer Gysel: Wir müssen weiterhin wachsen bleiben und mit Nachdruck die Interessen unseres Kantons im Schaffhauser Vorhaben einbringen.

Einhalten kann und wir für Not- und Katastrophenfälle gerüstet sind. Unser Kanton gehört im Government zu den Partnern, die er engagiere sich nicht weiterhin. Denn mit einem effizienten und länderspezifischen Service Public verschaffen wir uns Wettbewerbs- und Standortvorteile.

Macht es bei der nächsten finanziellen Situation des Kantons Sinn, die Steuern zu erhöhen? Widmer Gysel: Steuererhöhungen sind im Moment kein Thema, sie würden unserer bewährten Strategie zuwider laufen. Wir müssen zuerst nach anderen Möglichkeiten suchen, bevor die Bürgerinnen und Bürger mit höheren Steuern zur Kasse gebeten werden. Auch die meisten Steuererhöhungen müssen das Nettolohn von Wilchingen unterschneiden und können sich nicht abbildeten. Was sie im höheren Steuern nicht abbildeten, fällt in ihrem Portemonnaie.

Werner Bächtold (neu, SP)

«Staatshaushalt sanieren und in Infrastruktur investieren»

SCHAFFHAUSEN. Werner Bächtold ist der kommende Regierungsratswahl. Er ist seit 2004 im Kantonsrat.



Werner Bächtold, SP-Kantonsrat.

Schaffhauser Beck: Herr Bächtold, was reizt Sie am Amt der Regierungsrat? Werner Bächtold: Regierungsrat ist ein sehr interessantes und anforderungsreiches Amt, verbunden mit viel Verantwortung. Es freut mich, zusammen mit motivierten Mitarbeiterinnen einen Beitrag zu einer positiven Entwicklung unseres Kantons zu leisten. Als Kantonsrat und Mitglied der Geschulprüfungskommission konnte ich mir wertvolle Kenntnisse in den meisten Domänen erwerben und fühle mich für diese grosse Herausforderung gut gerüstet.

Bächtold: Die Sanierung des Staatshaushalts braucht grosse Anstrengungen. Daneben müssen wir aber in die Infrastruktur und in andere wichtige Vorhaben investieren: Neubau Spital, Tagesstrukturen, Sportstätten, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, um nur die wichtigsten zu nennen. Wir dürfen den folgenden Generationen keine verlotterte Infrastruktur überlassen.

Gibt es Handlungsbedarf seitens der Regierung bezüglich Teufelstage für radioaktive Abfälle? Bächtold: Im Dödlager muss mit aller Kraft verhindert werden. Um das glaubwürdig tun zu können, muss einstens der Ausstieg aus der Atomenergie verbindlich beschlossen und terminiert werden.

Macht es bei der nächsten finanziellen Situation des Kantons Sinn, die Steuern zu erhöhen? Bächtold: Unser Kanton steht vor Jahren mit grossen Defiziten. Diese sind entstanden, weil man im letzten Jahrzehnt die Steuern zu stark gesenkt hat. Unsere mehrheitlich bürgerliche Regierung ver-

Nutzung eines Teils des Rheinfallwassers zur Stromproduktion muss erstnächst geprüft werden. Winderdebau in Schutzgebieten gehören nicht zur ersten Priorität.

Macht es bei der nächsten finanziellen Situation des Kantons Sinn, die Steuern zu erhöhen? Bächtold: Unser Kanton tut, was sich kein privater Leistungsanbieter erlauben kann. Er verbraucht laufend die gut 110 Millionen Franken Mitteln, welche die Spitäler jährlich abbildet. Dieses Geld muss künftig zurückgestellt werden.

sich um die Debatte mit einem Sparpaket aufzufangen. Während von den Steuererhöhungen wenig viel profitiert haben, soll man der Mittelstand die Löhner steigern. Damit wird die Umverteilung von